

Wie Katz und Maus – oder wie ein ideales Paar?

Text: Marietherese Schwegler

Bild: Fotoagentur Aura

Vom Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik

Ob Sozialhilfegesetz oder AVIG-Revision, ob Betäubungsmittelgesetz oder Ergänzungsleistungen für Familien – was auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene sozialpolitisch beschlossen wird, wirkt sich direkt in den Berufsfeldern der Sozialen Arbeit aus. Und umgekehrt? Beeinflussen die Profis der Sozialen Arbeit mit ihren Erkenntnissen über soziale Probleme die Politik und die öffentliche Debatte ebenso? Sollen und wollen sie dies überhaupt?

Soziale Arbeit und Sozialpolitik – wie verflochten die fachlichen und die politischen Aspekte sind, hat jüngst die aufgelegte Mediendebatte zum Missbrauch der Sozialhilfe gezeigt, die in manchen Parlamenten ihre Fortsetzung fand. Haben es die Professionellen der Sozialen Arbeit versäumt, die öffentliche Diskussion zu versachlichen und ihr Fachwissen einzubringen? Müssten sie sich nicht allgemein viel aktiver in sozialpolitische Belange einmischen?

Anders gefragt: Gehört die politische Intervention ebenso zum Methoden-Repertoire der Sozialarbeitenden wie das Beraten von Einzelpersonen oder Familien, das Case Management, die Gemeinwesenarbeit? Für Patrik Degiacomi, Stellvertreter der Pro Infirmis (PI) in Ilanz und Präsident der Sektion Graubünden von AvenirSocial, ist das gar keine Frage: «Wir haben täglich mit Menschen zu tun, wir haben Einblick in verschiedenste Lebenssituationen und Probleme. Erkenntnisse

aus dieser Arbeit müssen wir in die Politik einbringen.» Patrik Degiacomi beruft sich damit nicht nur auf das Berufsbild seiner Profession, er ist überzeugt, dass das Methodenwissen von Sozialarbeitenden ein ausgezeichnetes Rüstzeug auch für das politische Handeln ist: Situationen analysieren und bewerten, Ziele setzen, Handlungspläne entwerfen – genauso kann es auch in der politischen Arbeit gehen. Und dafür hat Degiacomi von seiner Arbeitgeberin explizit einen Auftrag: sich auch auf politischer Ebene für Anliegen von Menschen mit Behinderung einzusetzen.

Agieren statt reagieren

Es braucht also nicht zwingend ein eigenes politisches Mandat dazu – auch wenn es genügend Beispiele von Sozialarbeitenden gibt, die sich in der Politik einen Namen gemacht haben, etwa die kürzlich zurückgetretene Zürcher Stadträtin Monika Stocker oder die Nationalrätin Therese Frösch, früher Berner Gemeinderätin. Aktiv werden können alle – als Expertin, als Bürger, im Rahmen einer Fachgruppe, eines Komitees, einer Partei oder des Berufsverbands. Politisches Lobbying, das etwas bewirken soll, will wohl überlegt sein: Wann ist der richtige Zeitpunkt, ein Thema aufzubringen, für ein Anliegen zu sensibilisieren? Welches ist der richtige Kanal, um zu argumentieren, zu fordern, zu intervenieren?

Die politischen Handlungsfelder sind vielfältig: sich öffentlich in Abstimmungs-

kämpfen engagieren; Informationen und Forderungen in der Verwaltung, in Gesprächen mit einzelnen PolitikerInnen oder in Kommissionen und Fraktionen einbringen; Themen in den Medien aufgreifen, z.B. mit einem Leserbrief – um nur einige zu nennen.

Für viele Professionelle der Sozialen Arbeit gehört das politische Engagement selbstverständlich dazu. Das muss aber nicht für den ganzen Berufsstand zutreffen. Oder täuscht der Eindruck, dass manche Sozialtätige heute weniger als noch vor zwanzig, dreissig Jahren interessiert sind, ihre Arbeit auch gesellschaftlich zu reflektieren und die Erkenntnisse und Forderungen auf die politische Bühne zu tragen? «Soziale Arbeit ist heute für viele zu einem Job geworden. Die gesellschaftlichen Visionen, die für mich zu dieser Profession gehören, sind für sie kein Thema», bestätigt Degiacomi. Andere Profis der Sozialen Arbeit verhielten sich abwartend. «Wenn wir von der Politik etwas wollen, müssen wir schon selbst aktiv werden», sagt er. Politisches Engagement ist aber auch an manchen Stellen, zum Beispiel bei Gemeinden, unerwünscht oder gar verboten.

Scharnier zwischen Fachwelt und Politik

Implizit gehören politisches Denken und Handeln auch zum Alltag von Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste der Stadt Winterthur. «Es ist von meiner politischen Vorgesetzten gewollt, dass wir fachlich begründen, wohin sich die Sozialpolitik bewegen soll.» Fachwissen und Erfahrungen aus der Praxis der Sozialen Dienste fliessen auf Gemeindeebene beispielsweise in Antworten auf parlamentarische Anfragen oder Vorstösse ein. In der regelmässig stattfindenden Denkwerkstatt diskutieren Mitarbeitende seiner Abteilung gemeinsam über sozialpolitische Themen. «Gerade jetzt, wo in der Sozial-

Informations- und Wissensmanagement im Sozialbereich

5. Teil der Serie zum 5-Jahr-Jubiläum von Sozialinfo.ch: Die Sozialpolitik

Dieser Beitrag ist Teil der insgesamt sechsteiligen Serie zu «Informations- und Wissensmanagement» im Bereich der Sozialen Arbeit. Er versucht die Frage zu beantworten, ob sich die Soziale Arbeit stärker an den sozialpolitischen Diskussionen beteiligen sollte und wie verflochten die fachlichen und politischen Aspekte sind. Anlass zu dieser Serie ist das 5-Jahr-Jubiläum von Sozialinfo.ch, dem Internetportal zum Sozialwesen in der deutschen Schweiz. Im sechsten und letzten Teil der Serie wird der Frage nachgegangen, wie effektives Informationsmanagement in der Sozialen Arbeit betrieben werden kann.



Sozial Arbeitende haben Einblick in die verschiedensten Lebenssituationen der Menschen und sollten ihre Erkenntnisse in die Politik einbringen

hilfe die Fallzahlen etwas zurückgingen, müssten die Fachleute die Zeit dazu nutzen», sagt Ernst Schedler. Er arbeitet seit kurzem auch im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) mit und ist als Kopräsident der Gruppe Leitende Angestellte der Städteinitiative Sozialpolitik aktiv. Dort kann er auch auf nationaler Ebene fachpolitische Impulse geben. Schedler erwähnt auch die Loyalität zur Arbeitgeberin, der Stadt Winterthur. Politische Entscheidung, auch wenn sie einmal nicht so ausfallen, wie sein Fachverständnis es erwartet, seien zu akzeptieren.

Für Lisette Müller-Jaag gehörte es schon früh zu ihrem politischen Bewusstsein, dass sie als Sozialarbeiterin auch Sprachrohr sein will für Leute, die selber keinen Zugang zur Politik haben oder ihre Anliegen nicht selber artikulieren können. Nur konsequent ist es also, dass sie sich vor fünf Jahren als Kantonsrätin hat wählen lassen. Auch wenn sie dort nicht nur sozialpolitische Themen aufgreift, will sie im Zürcher Kantonsrat vernünftige Lösungen im Sozialbereich finden. «Ich will ein Gegengewicht bilden gegenüber jenen, die sich mehr und mehr aus der

sozialpolitischen Verantwortung herausnehmen», sagt die EVP-Politikerin. Sie wundert sich, dass neben dem Sozialhilfemissbrauch nicht auch die Steuerhinterziehung kritisiert werde, denn damit werde die Gesellschaft in viel grösserem Ausmass geschädigt. Ihre Meinungen

Jeder Politiker fühlt sich berufen, in die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit einzugreifen

bringt sie im Kantonsrat vor allem in Voten zu bestimmten Geschäften und im persönlichen Gespräch und über die Parteigrenzen hinweg an die Leute. Mit ihrem fachlichen Hintergrund kann sie differenziert argumentieren und gerade in Einzelgesprächen oft auch überzeugen. Natürlich ist sie auch dankbar, wenn sie als Politikerin von anderen Profis der Sozialen Arbeit aufmerksam gemacht wird auf dringende Anliegen.

Politische Übergriffe in die Fachkompetenz der Sozialarbeit

Ein Vollblut-Sozialpolitiker ist der PR-Fachmann Urs Lauffer, Zürcher FDP-Kantonsrat. Er präsidiert die Kommission

für Soziale Sicherheit und Gesundheit, ist Kopräsident der kantonalen Sozialkonferenz und schliesslich Vizepräsident der Stadtzürcher Sozialbehörde, als der er auch die Zürcher Sozialhilfemissbrauchs-Debatte von innen kennt. Lauffer dreht die Frage, ob sich die Profis der Sozialen Arbeit deutlicher in die Politik einmischen sollten, um: «Hauptgefahr ist nicht der fehlende Input von Fachleuten in die Politik. Nein, vielmehr fühlt sich umgekehrt jeder Politiker berufen, in die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit einzugreifen – in keinem andern Fachgebiet so sehr wie hier», sagt Lauffer. Vor allem in der Sozialhilfe fänden solche «Übergriffe von Behördemitgliedern in die Kernkompetenz der Sozialarbeit» statt, was auch die Führbarkeit solcher Ämter extrem erschwere.

Lauffer hält vom «selbstgewählten Expertenstatus» von Sozialarbeitenden gegenüber der Politik nicht viel: «Der beste Weg ist, selbst ein politisches Mandat zu übernehmen. Oder dann das Fachwissen in der Parteilarbeit einzubringen.»

Wenn sich Sozialarbeitende als Scharnier zwischen Fachwelt und Politik betätigen wollen, so gilt es, die eigene Arbeit im gesellschaftlichen Kontext zu verstehen und neben den individuellen auch politische Lösungsansätze zu überlegen. Ebenso wichtig ist es aber, sich laufend zu informieren, was in den politischen Pipelines steckt, was im (Gemeinde-, Kantons-, Bundes-)Parlament, in Kommissionen, in der Verwaltung oder in Verbänden läuft. Nicht nur Ernst Schedler sieht ein Problem in der Flut von Informationen, die zu verarbeiten wären. Wer hat schon die Ressourcen, neben der Alltagsarbeit auch dies noch zu bewältigen? Für Patrik Degiacomi ist dies aber Pflicht; er informiert sich in Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet. Und er ist abonniert auf einschlägige E-Mails, zum Beispiel auf Nachrichten von Bundesämtern oder auf den Newsletter von sozialinfo, der regelmässig die wichtigsten fachlichen und politischen Nachrichten auf den Bildschirm liefert.

Politik- und Fachinformationen im Internet

www.parlament.ch	www.staedteinitiative.ch
www.bsv.admin.ch	www.svsp.ch
www.sozialinfo.ch	www.infostelle.ch
www.avenirsocial.ch	www.sgb.ch
www.skos.ch	www.arbeitgeber.ch
www.sodk-cdas-cdos.ch	